

Niederschrift



Sitzung des **Rates** der Stadt Bornheim am Donnerstag, **07.05.2015**, 18:00 Uhr, in der Aula der Europaschule Bornheim, Goethestraße 1, 53332 Bornheim

X	Öffentliche Sitzung
	Nicht-öffentliche Sitzung

Sitzung Nr.	35/2015
Rat Nr.	3/2015

Anwesende

Bürgermeister

Henseler, Wolfgang SPD

Mitglieder

Aharchi, Loubna	SPD-Fraktion	
Bandel, Helga	CDU-Fraktion	
Borodichin, Jewgenia	CDU-Fraktion	
Breuer, Paul	ABB-Fraktion	
Feldenkirchen, Else	UWG/Forum-Fraktion	
Feldenkirchen, Hans Gerd	UWG/Forum-Fraktion	
Freyneck, Jörn	FDP-Fraktion	
Gesell, Andrea	Bündnis90/Grüne	ab TOP 9 tw.
Günther, Jann	SPD-Fraktion	
Hanft, Wilfried	SPD-Fraktion	
Hayer, Sebastian	CDU-Fraktion	
Heller, Petra	CDU-Fraktion	
Heßling, Günter	CDU-Fraktion	
Hochgartz, Markus	Bündnis 90/Grüne-Fraktion	
Jaritz, Karin	SPD-Fraktion	
Keils, Ewald	CDU-Fraktion	
Kleinekathöfer, Ute	SPD-Fraktion	
Koch, Christian	FDP-Fraktion	ab TOP 7 tw.
Koch, Maria - Charlotte	Bündnis90/Grüne	
Kretschmer, Gabriele	CDU-Fraktion	
Krüger, Frank W.	SPD-Fraktion	
Krüger, Ute	SPD-Fraktion	
Kuhn, Arnd Jürgen Dr.	Bündnis90/Grüne	ab TOP 7 tw.
Lamprichs, Holger	CDU-Fraktion	
Lehmann, Michael	DIE LINKE	
Marx, Bernd	CDU-Fraktion	
Montenarh, Stefan	Fraktionslos	
Müller, Heinz	UWG/Forum-Fraktion	
Müller, Marc	CDU-Fraktion	
Oster, Thomas	CDU-Fraktion	
Prinz, Rüdiger	CDU-Fraktion	
Quadt-Herte, Manfred	Bündnis90/Grüne	
Roitzheim, Frank	SPD-Fraktion	
Schmitz, Heinz Joachim	UWG/Forum Fraktion	
Schulz, Heinz-Peter	DIE LINKE	
Schwarz, Wolfgang	CDU-Fraktion	
Söllheim, Michael	CDU-Fraktion	
Stadler, Harald	SPD-Fraktion	

15	Antrag der CDU-Fraktion vom 11.03.2015 (Eingang 17.03.2015) betr. Ergänzungswahlen zu Ausschüssen	198/2015-1
16	Antrag der FDP-Fraktion vom 13.04.2015 betr. Bornheimer Wasserversorgung	265/2015-SUA
17	Antrag der FDP-Fraktion vom 13.04.2015 betr. Unterbringung von Flüchtlingen	266/2015-6
18	Mitteilungen mündlich und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	
19	Anfragen mündlich	

Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)

Bürgermeister Wolfgang Henseler eröffnet die Sitzung des Rates der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Rat beschlussfähig ist.

Der Bürgermeister zieht den Tagesordnungspunkt 13 von der Tagesordnung zurück.

Der Rat beschließt auf Vorschlag des Bürgermeisters, die Tagesordnungspunkte 10 und 16 zusammen zu behandeln.

Stimmenverhältnis:
- Einstimmig -

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in folgender Reihenfolge behandelt:
TOP 1-10, 16, 11, 12, 14, 17-19.

	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	

Frau Altaner ist bereits zur Schriftführerin bestellt.

2	Einwohnerfragestunde	
----------	-----------------------------	--

Die Einwohnerfragestunde entfällt, da keine Fragen vorliegen.

3	Entgegennahme der Niederschriften über die Sitzungen Nr. 11/2015 vom 04.02.2015 und 23/2015 vom 19.03.2015	
----------	---	--

Der Rat erhebt gegen den Inhalt der Niederschriften über die Sitzung Nr. 11/2015 vom 04.02.2015 und Nr. 23/2015 vom 19.03.2015 keine Einwände.

4	3. Änderung des Bebauungsplanes Ro 18 in der Ortschaft Hersel; Aufstellungsbeschluss und Beschluss zur Unterrichtung der Öffentlichkeit	177/2015-7
----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Rat beschließt

- gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Abs. 8 BauGB die Aufstellung der 3. Änderung des Bebauungsplanes Ro 18. Das Plangebiet liegt im Gewerbegebiet Bornheim-Süd, zwischen Alexander-Bell-Straße und Robert-Bosch-Straße, südlich des Baumarktes Bauhaus.

2. die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB mit dem vorliegenden Planentwurf und der Darlegung der vorliegenden allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung,
3. die Planung für die Dauer von 4 Wochen öffentlich auszulegen und auf eine Einwohnerversammlung zu verzichten.

- Einstimmig -
bei 1 Stimmenthaltung (UWG tw.)

5	Bebauungsplan De 04 in der Ortschaft Dersdorf, Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung	077/2015-7
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Rat beschließt,

1. die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB mit dem vorliegenden Planvorentwurf und der vorliegenden Darlegung der allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung,
2. die Planung für die Dauer von 4 Wochen öffentlich auszulegen und eine Einwohnerversammlung durchzuführen.

- Einstimmig -

6	Bebauungsplan Wb 16 in der Ortschaft Walberberg; Ergebnis der Offenlage; Satzungsbeschluss	162/2015-7
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. zu den Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und der sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB zum Entwurf des Bebauungsplanes Wb 16 in der Ortschaft Walberberg die vorliegenden Stellungnahmen inklusive der Beschlussentwürfe der Stadt Bornheim,
2. den vorliegenden Entwurf des Bebauungsplanes Wb 16 in der Ortschaft Walberberg einschließlich der vorliegenden textlichen Festsetzungen und der vorliegenden Begründung gemäß § 10 BauGB als Satzung mit der Änderung, dass die an das Plangebiet angrenzende Parzelle 71 nicht bzw. nicht in Gänze als Ausgleichsfläche für das Bauvorhaben auf Parzelle 72 herangezogen, sondern durch ein anderes Grundstück (genaue Parzellenbezeichnung) ersetzt wird,
 - a) dazu wird die Verwaltung beauftragt, die Parzelle 71 zum marktüblichen Preis an den Bauherrn der forstwirtschaftlichen Halle zu veräußern, soweit die erforderliche Kompensation für die städtische Nutzung gewährleistet ist;
 - b) die Verwaltung wird beauftragt, sicherzustellen dass die Auswirkungen der vorstehenden Änderungen, das Bauvorhaben für die Flüchtlingsunterkunft am vorgesehenen Standort Walberberg WB16 weder im Umfang noch in der zeitlichen Planung beeinträchtigt werden;
3. den vorliegenden Entwurf der Satzung zur Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen.

Abstimmungsergebnis

43 Stimmen für den Beschluss	(CDU, SPD, B90/Grüne, FDP, UWG, LINKE, ABB, BM)
1 Stimme gegen den Beschluss	(Montenarh)

7	Bebauungsplan He 30 in der Ortschaft Hersel; Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses; Aufstellungsbeschluss	191/2015-7
----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. die Aufhebung des Beschlusses zur Aufstellung des Bebauungsplanes He 30 in der Ortschaft Hersel vom 12.02.2009
2. gemäß § 12 (2) BauGB die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes He 30 in der Ortschaft Hersel. Das Plangebiet wird im Westen begrenzt durch den Mittelweg, im Norden durch die Erftstraße bzw. den neuen Sportplatz, im Osten durch vorhandene landwirtschaftliche Flächen bzw. der Trasse der Stadtbahnlinie 16 und im Süden durch die Abgrenzung zum geplanten Wohngebiet Hersel-West.

Abstimmungsergebnis

- 41 Stimmen für den Beschluss (CDU, SPD, FDP, UWG, LINKE, ABB tw., Montenarh, BM)
5 Stimmen gegen den Beschluss (B90/Grüne, ABB tw.)

8	Bebauungsplan He 31 in der Ortschaft Hersel; Aufstellungsbeschluss	226/2015-7
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Rat

1. beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes He 31 in der Ortschaft Hersel. Das Plangebiet liegt im Westen der Ortschaft Hersel in einem Bereich zwischen Mittelweg, Stadtbahntrasse der Linie 16 und nördlich der Roisdorfer Straße sowie die Fuß- und Radwegeverbindung zum Bahnhof. Im Nord- und Südosten grenzen die Flächen des geplanten Golfplatzes an. Ziel ist die Ausweisung eines neuen Wohngebietes.
2. beauftragt die Verwaltung, einen Entwurf für die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit erarbeiten zu lassen, der maximal 152 Wohneinheiten enthält und die Vor- und Nachteile eines verkehrsberuhigten Bereiches gegenüber der Ausweisung einer Tempo 30 Zone darzustellen.

- Einstimmig -

9	4. Änderung der Satzung über die Erhöhung von Elternbeiträgen im Rahmen der offenen Ganztagschule	122/2015-4
----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Rat

1. beschließt folgende Satzung:

4. Satzung vom zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der "Offenen Ganztagschule" im Primarbereich vom 22.05.2007

Der Rat der Stadt Bornheim hat in seiner Sitzung am 07.05.2015 aufgrund der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S.666/ SGV NRW 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03. Februar 2015 (GV. NRW.S.878), folgende 4. Satzung zur Änderung

der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der „Offenen Ganztagschule“ im Primarbereich der Stadt Bornheim vom 22.05.2007 beschlossen:

Artikel I

Die Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der „Offenen Ganztagschule“ im Primarbereich vom 22.05.2007 wird wie folgt geändert:

§ 3 Abs. 5 erhält folgende neue Fassung:

„Die Höhe des Elternbeitrages im Rahmen der Regelbetreuungszeit und ohne Entgelte für das Mittagessen darf 170,00 EUR pro Monat und Kind nicht übersteigen.

Bei schriftlichem Nachweis eines Jahresbruttoeinkommens der Eltern von unter 55.000 EUR wird der monatliche Elternbeitrag entsprechend den folgenden Einkommensgrenzen, wie sie auch in der Satzung der Stadt Bornheim zur Erhebung von Elternbeiträgen in Tageseinrichtungen für Kinder angewandt werden, reduziert:

Hinweis: zu zahlen- ist an den Offenen len. Han- mit gerin- bei der pflegung	Einkommensstufen		Monatlicher Beitrag
	Jahresbruttoeinkommen		(ohne Mittagessen)
	bis	15.500 EUR	0 EUR
	bis	25.000 EUR	27 EUR
	bis	35.000 EUR	46 EUR
	bis	45.000 EUR	88 EUR
	bis	55.000 EUR	124 EUR
	über	55.000 EUR	170 EUR

Ein eventuell zusätzlich des Verpflegungsentgelt jeweiligen Träger der Ganztagschule zu zahlt es sich um Eltern gem Einkommen, so ist Finanzierung der Ver- ein Zuschuss aus dem Spendenaufkommen von „jet ze müffele“ möglich.

Änderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse sind der Stadt Bornheim unverzüglich und ohne Aufforderung mitzuteilen. Der Elternbeitrag wird dann ab dem Kalendermonat nach Eintritt der Änderung neu festgesetzt.

„Artikel II

Diese Satzung tritt zum 01.08.2015 in Kraft.

2. beauftragt den Bürgermeister die Satzung ab dem Schuljahr 2016/17 jährlich zu prüfen und darüber im Ausschuss zu berichten.

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 1:

- 45 Stimmen für den Beschluss (CDU, SPD, B90/Grüne, FDP, UWG, LINKE, Montenarh, BM)
2 Stimmen gegen den Beschluss (ABB)

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 2:

- 45 Stimmen für den Beschluss (CDU, SPD, B90/Grüne, FDP, UWG, LINKE, ABB, Montenarh, BM)
1 Stimme gegen den Beschluss (ABB tw.)
1 Stimmenthaltung (ABB tw.)

10	Wasserversorgung im Stadtgebiet	042/2015-BM
-----------	--	--------------------

RM Söllheim stellt für die CDU-Fraktion den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Rednerliste.

Der Geschäftsordnungsantrag des RM Söllheim auf Schluss der Rednerliste wird einstimmig, bei 1 Stimmenthaltung (BM), angenommen.

RM Koch stellt für die FDP-Fraktion den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Debatte. RM Stadler spricht gegen den Antrag.

Der Geschäftsordnungsantrag des RM Koch auf Schluss der Debatte wird mit einem Stimmenverhältnis von

26 Stimmen für den Antrag (CDU, SPD tw., B90/Grüne tw., FDP, LINKE, ABB)

21 Stimmen gegen den Antrag (CDU, SPD tw., B90/Grüne tw., UWG, Montenarh, BM) angenommen.

RM Heller stellt für die CDU-Fraktion den Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung.

Der Bürgermeister stellt fest, dass der Antrag auf namentliche Abstimmung von mehr als 10 anwesenden Ratsmitgliedern unterstützt wird und eine namentliche Abstimmung damit durchzuführen ist.

Der Antrag der FDP-Fraktion, die bestehende städtische Wasserversorgung in ihrem derzeitigen bewährten Mischungsverhältnis (75% WBV, 25% WTV) beizubehalten und von weiteren Überlegungen zu einer Umstellung des Trinkwasserbezuges abzusehen, wird mit einem Stimmenverhältnis von

21 Stimmen für den Antrag (Aharchi, Else Feldenkirchen, Hans Gerd Feldenkirchen, Freynick, Günther, Hanft, Henseler, Jaritz, Kleinekathöfer, Christian Koch, Frank W. Krüger, Ute Krüger, Lehmann, Heinz Müller, Roitzheim, Schmitz, Schulz, Stadler, Dr. Tourné, Voigt, Züge)

26 Stimmen gegen den Antrag (Bandel, Borodichin, Breuer, Gesell, Hayer, Heller, Heßling, Hochgartz, Keils, Maria Koch, Kretschmer, Dr. Kuhn, Lamprichs, Marx, Montenarh, Marc Müller, Oster, Prinz, Quadt-Herte, Schwarz, Söllheim, Strauff, Velten, Wehrend, Weiler, Wirtz)

abgelehnt.

Der Beschlussentwurf, der Rat beauftragt die Verwaltung, mit dem WBV und WTV Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, den Anteil des vom WTV gelieferten Wassers von derzeit 25% unter Berücksichtigung der Erforderlichkeit der Mehrkosten nach KAG NRW auf 30% zu erhöhen (WTV 30% und WBV 70%), wird mit einem Stimmenverhältnis von

19 Stimmen für den Antrag (SPD, UWG, LINKE, BM)

27 Stimmen gegen den Antrag (CDU, B90/Grüne, FDP, ABB)

01 Stimmenthaltung (Montenarh)

abgelehnt.

Der Antrag der SPD-Fraktion, der UWG/Forum-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE, der Rat beschließt den Bau einer technischen Wasserenthärtungsanlage im Wasserwerk Eichenkamp und beauftragt den Bürgermeister die dazu erforderlichen Maßnahmen durchzuführen, wird mit einem Stimmenverhältnis von

17 Stimmen für den Antrag (SPD tw., UWG, LINKE)

29 Stimmen gegen den Antrag (CDU, B90/Grüne, FDP, ABB, Montenarh, BM)

01 Stimmenthaltung (SPD tw.)

abgelehnt.

RM Kleinekathöfer stellt für die SPD-Fraktion den Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung.

Der Bürgermeister stellt fest, dass der Antrag auf namentliche Abstimmung von mehr als 10 anwesenden Ratsmitgliedern unterstützt wird und eine namentliche Abstimmung damit durchzuführen ist.

Der Antrag des AM Stadler, der Rat bildet eine Arbeitsgruppe der Fraktionen zur Prüfung der Frage der Durchführung eines Ratsbürgerentscheides zur Wasserversorgung, wird mit einem Stimmenverhältnis von

23 Stimmen für den Antrag	(Aharchi, Breuer, Else Feldenkirchen, Hans Gerd Feldenkirchen, Freynick, Günther, Hanft, Jaritz, Kleinekathöfer, Christian Koch, Frank W. Krüger, Ute Krüger, Lehmann, Montenarh, Heinz Müller, Roitzheim, Schmitz, Schulz, Stadler, Dr. Tourné, Voigt, Weiler, Züge)
23 Stimmen gegen den Antrag	(Bandel, Borodichin, Gesell, Hayer, Heller, Heßling, Hochgartz, Keils, Maria Koch, Kretschmer, Dr. Kuhn, Lamprichs, Marx, Marc Müller, Oster, Prinz, Quadt-Herte, Schwarz, Söllheim, Strauff, Velten, Wehrend, Wirtz)
1 Stimmenthaltung abgelehnt.	(Henseler)

Beschluss:

1. Der Rat hebt seinen Beschluss vom 02.10.2014 zur Vorlage 577/2014-BM wegen rechtlicher Bedenken auf.
2. Der Bürgermeister wird auf Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Grüne und der ABB-Fraktion beauftragt,
 - a) mit dem WBV und WTV Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, die jährliche Gesamttrinkwassermenge von ca. 2.300.000 m³ in einer modifizierten Variante 3 aus dem Gutachten des Ingenieurbüro H2U (Vorlage 194/2014-SBB) wie folgt aufzuteilen:

84 % über den HB Botzdorf, also 1.932.000 m³ direkt durch den WTV über die Transport-leitung Gielsdorf mit 100 % WTV-Wasser zur Versorgung der Vorgebirgsorte

16 % über das WW Eichkamp, also 368.000 m³ im Mischungsverhältnis von 70% WTV-Wasser zu 30 % WBV-Wasser zur Versorgung der Rheinorte

- b) mit dem WBV über eine Freistellung der Kosten zu verhandeln, um mittelfristig eine 100% Versorgung mit WTV Wasser auch der Rheinorte zu erreichen,
 - c) die Wassergebühren für die Rheinorte im Hinblick auf die 70 /30 Belieferung mit WTV/WBV Wasser anteilmäßig zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 1:

Einstimmig

RM Heller stellt für die CDU-Fraktion den Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung.

Der Bürgermeister stellt fest, dass der Antrag auf namentliche Abstimmung von mehr als 10 anwesenden Ratsmitgliedern unterstützt wird und eine namentliche Abstimmung damit durchzuführen ist.

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 2:

25 Stimmen für den Beschluss	(Bandel, Borodichin, Breuer, Gesell, Hayer, Heller, Heßling, Hochgartz, Keils, Maria Koch, Kretschmer, Dr. Kuhn, Lamprichs, Marx, Marc Müller, Oster, Prinz, Quadt-Herte, Schwarz, Söllheim, Strauff, Velten, Wehrend, Weiler, Wirtz)
21 Stimmen gegen den Beschluss	(Aharchi, Else Feldenkirchen, Hans Gerd Feldenkirchen, Freynick, Günther, Hanft, Henseler, Jaritz, Kleinekathöfer, Christian Koch, Frank W. Krüger, Ute Krüger, Lehmann, Heinz Müller, Roitzheim, Schmitz, Schulz, Stadler, Dr. Tourné, Voigt, Züge)
1 Stimmenthaltung	(Montenarh)

11	Entwurf des Jahresabschlusses der Stadt Bornheim für das Haushaltsjahr 2014	181/2015-2
-----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Rat nimmt den Entwurf des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2014 der Stadt Bornheim zur Kenntnis und verweist diesen zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss.

- Einstimmig -

12	Zustimmung zu Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen im Haushaltsjahr 2014	087/2015-2
-----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Rat

1. nimmt die vom Kämmerer im Rahmen des § 83 Abs. 1 GO NRW genehmigten außer- und überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2014 zur Kenntnis
2. stimmt folgenden überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen betreffend das Haushaltsjahr 2014 zu:
 - a) innerhalb der Produktgruppe 1.11.01 Elektrizitätsversorgung und 1.11.02 Gasversorgung in Höhe von 96.000 €
 - b) innerhalb der Produktgruppe 1.11.03 Wasserversorgung in Höhe von 481.000 €.
 Die Deckung ist gewährleistet durch Minderaufwendungen in den Produktgruppen 1.06.03 "Erzieherische Hilfen", 1.12.04 "ÖPNV" und 1.16.01 "Allgemeine Finanzwirtschaft".

- Einstimmig -

13	Zustimmungen zu Mehrauszahlungen im Haushaltsjahr 2015 für das Projekt 5.000251.004 U3-Ausbau in der Kita Margarethenstraße, Walberberg	180/2015-6
-----------	--	-------------------

- verlagt -

14	Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung zur Unterbringung von Flüchtlingen	271/2015-1
-----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW die Dringlichkeitsentscheidung von Bürgermeister Wolfgang Henseler, RM Wilfried Hanft (SPD), RM Hans-Gerd Feldenkirchen (UWG/Forum), RM Manfred Quadt-Herte (Bündnis90/Grüne) und RM Michael Lehmann (Die Linke) vom 10.04.2015 über die Unterbringung von Flüchtlingen.

- Einstimmig -
bei 3 Stimmenthaltungen (FDP, ABB tw.)

RM Breuer erklärt zu seinem Abstimmungsverhalten, dass er nichts gegen den Standort habe und dem auch zugestimmt hätte, wenn die Beschlussfassung nach der Bürgerversammlung gefallen wäre.

15	Antrag der CDU-Fraktion vom 11.03.2015 (Eingang 17.03.2015) betr. Ergänzungswahlen zu Ausschüssen	198/2015-1
-----------	--	-------------------

Beschluss:

Die Ratsmitglieder wählen aufgrund eines einheitlichen Wahlvorschlages:

1. In den Ausschuss für Stadtentwicklung zum Mitglied als Ratsmitglied Herrn Wolfgang Schwarz, Merten, anstelle des ausgeschiedenen Herrn Thomas Oster, Hersel,
2. In den Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel zum stv. sachkundigen Bürger/in Herrn Rolf Schmitz der CDU-Fraktion, Herrn Axel Goehr der SPD-Fraktion und Frau Dorothea Heymann-Reeder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, jeweils einrückend in die alphabetische Reihenfolge,
3. In den Umweltausschuss zum stv. sachkundigen Bürger Herrn Norbert Pesch der CDU-Fraktion, einrückend in die alphabetische Reihenfolge.

- Einstimmig -

16	Antrag der FDP-Fraktion vom 13.04.2015 betr. Bornheimer Wasserversorgung	265/2015-SUA
-----------	---	---------------------

Der Antrag wurde unter TOP 10 mitbehandelt.

17	Antrag der FDP-Fraktion vom 13.04.2015 betr. Unterbringung von Flüchtlingen	266/2015-6
-----------	--	-------------------

Über den Antrag der FDP-Fraktion,
„Der Rat beauftragt den Bürgermeister, bis zur Sommerpause in einer Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung weitere Standorte zur Unterbringung von Flüchtlingen zu prüfen und dem Ausschuss vorzustellen.

Die Standorte sollen dezentral im Stadtgebiet verteilt und für maximal 20 Personen ausgelegt sein. Eine Unterbringung ist durch Kauf oder Miete einer Bestandsimmobilie sowie Errichtung eines Gebäudes in Fest- oder Containerbauweise denkbar.

Die beschlossenen Bornheimer Kriterien zur Unterbringung von Flüchtlingen sind in jedem Fall konsequent anzuwenden. Insbesondere die Beteiligung der Bevölkerung ist zwingend vor einer abschließenden Beschlussfassung vorzusehen.“

wurde nach Abstimmung über den Beschlussentwurf nicht mehr abgestimmt.

Beschluss:

Der Rat verweist den beiliegenden Antrag der FDP-Fraktion in den zuständigen Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel zur weiteren Beratung.

Abstimmungsergebnis

44 Stimmen für den Beschluss (CDU, SPD, B90/Grüne, UWG, LINKE, ABB tw., Montenarh, BM)
3 Stimmen gegen den Beschluss (FDP, ABB tw.)

18	Mitteilungen mündlich und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	
-----------	---	--

Mündliche Mitteilung des Bürgermeisters
betr. Streikmaßnahmen Kindertageseinrichtungen

- Kenntnis genommen -

Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

RM Hanft (19.03.2015) betr. finanzielle Entlastung der Kommunen

Sind die finanziellen Entlastungen für die Stadt Bornheim für die Jahre 2015-2017 bekannt?

Antwort:

Mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern sind zusätzliche Hilfen für die Kommunen verbunden. So sollen in den Jahren 2017 und 2018 insgesamt 5 Mrd. Euro für Investitionen in die kommunale Infrastruktur bereitgestellt werden. Von diesen 5 Mrd. Euro wird der Bund den Kommunen 1,5 Mrd. Euro – über die bereits zugesagte 1 Mrd. Euro Sofortentlastung hinaus – in 2017 zur Verfügung stellen. Die Weitergabe dieser Mittel erfolgt zum Teil über eine Erhöhung des gemeindlichen Umsatzsteueranteils, zum Teil über eine höhere Entlastung von den Kosten der Unterkunft. Die Stadt Bornheim profitiert von dieser Entlastung unmittelbar in Höhe von 400 TEuro und indirekt über eine Entlastung auf der Kreisebene in Höhe von 6,2 Mio. Euro. Weitere 3,5 Mrd. Euro wird der Bund den Kommunen über ein Sondervermögen zur Verfügung stellen. Bis zum Jahr 2018 sollen daraus Leistungen für die Förderung von Investitionen in finanzschwachen Gemeinden und Gemeindeverbänden gewährt werden. Diese Mittel werden über die Länder an die Kommunen weitergeleitet. Die Länder ihrerseits sollen das Geld dann über ein noch festzulegendes Verfahren an die Kommunen weitergeben. Hierüber finden Gespräche der Landesregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden statt.

Sobald die gesetzlichen Regelungen abschließend vorliegen, wird dem Haupt- und Finanzausschuss zu den Ergebnissen berichtet.

19	Anfragen mündlich	
-----------	--------------------------	--

RM Kretschmer betr. Wohnanlage Goethestraße 1; Willkommensgruß

Gibt es schon einen Bezugstermin?

Antwort:

Die technische Fertigstellung ist diesen Monat vorgesehen und ein Bezug könnte in 4 Wochen stattfinden.

Sobald die Einrichtung in Betrieb genommen wird, wird sich mit dem Ortsvorsteher in Verbindung gesetzt.

RM Borodichin

Warum hat sich die Stadtverwaltung nicht bemüht, dass ein Maibaum in Bornheim aufgestellt werden konnte?

Antwort:

Auf dem Peter-Fryns-Platz war es wegen der Baumaßnahme nicht möglich einen Baum aufzustellen. Es ist keiner auf die Stadt zugekommen, um einen anderen Standort zu finden.

RM Hanft

Wie ist der Sachstand Breitbandausbau?

Antwort:

Man befindet sich im Zeitplan. Konkrete Fragen könnten im Verwaltungsrat des SBB angesprochen werden.

Ende der Sitzung: 20:10 Uhr

gez. Wolfgang Henseler
Bürgermeister

gez. Petra Altaner
Schriftführung